

Klaus J. Bade – Stellungnahme, oder: im Galopp mit Claudia Roth

Claudia Roth meint in ihrer Kritik zu einem Diskussionsbeitrag von mir im Deutschlandfunk, ich hätte mich tüchtig „vergaloppiert“ mit meinem Vorschlag: Allen Geflüchteten, die in Deutschland den Schutz des Grundgesetzes suchen, sollte bald nach Ihrer Ankunft und ersten Unterbringung in einem möglichst knappen Papier in ihrer Landessprache eine in menschenfreundlicher Prosa gehaltene Handreichung zu den Grundwerten unserer Verfassung und zu den daraus abgeleiteten Spielregeln für den Alltag übergeben werden. Es gibt dazu innerhalb der Willkommensbewegung, von Hilfsorganisationen und anderen humanitären bzw. interkulturellen Initiativen diverse Mustertexte, die auf staatlicher Seite Orientierungshilfe geben können. Diese Information, deren Kenntnisnahme auch durch Unterschrift zu bestätigen wäre, sollte aber in einem abschließenden Passus in Kenntnis darüber setzen, dass ein Gesuch um Schutz unter dem Dach unserer Verfassung bei gleichzeitiger Distanzierung von deren Werten ein Widerspruch in sich selbst wäre und nicht folgenlos bleiben könne.

Claudia Roth hat sich in Ihrer Stellungnahme m. E. selber „vergaloppiert“, ihre Kritik mit der alten Diskussion um Einbürgerung-Bekennnisprüfungen in einen Topf gerührt, in der wir mal Seite an Seite standen und geglaubt, mich heute darüber belehren zu müssen, wie es um das Grundrecht auf Asyl in der deutschen Verfassung steht, das ich durchaus kenne. Sie unterstellt mir, statt Willkommensempfang an der Grenze, gleich die „Sanktionskeule“ schwingen sehen zu wollen. Sie fordert mich auf, mir doch vielleicht einmal das Elend der neue angekommenen Flüchtlinge anzusehen und erinnert mich damit an die Argumente, die ich mir früher von ausländerfeindlichen Agitatoren anhören musste über die sogenannten Ausländerfreunde in ihren Villen im Grünen, die nicht wüssten, wie es in den auch sogenannten Ausländervierteln aussähe. Sowas muss doch nicht sein:

Ich kenne das umstrittene ‚LaGeSo‘ in Berlin-Moabit ganz gut von innen, bringe dort nach den von den Helfern veröffentlichten Bestelllisten regelmäßig zusammengekaufte Artikel des täglichen Bedarfs hin, jetzt insbesondere Winterkleidung, und kämpfe gleichzeitig für die Beendigung dieser Zustände.

Wenn Claudia Roth die Rundfunksendung , die sie an einer entscheidenden Stelle kommentiert, aufmerksam gehört hätte, dann wäre ihr nicht entgangen, dass ich nicht von Begegnungen an der Grenze sondern von Erstaufnahmeeinrichtungen spreche, in denen viele Flüchtlinge oft bis zu sechs Monate und manche deutlich länger festsitzen, ohne dass Ihnen Integrationskurse angeboten würden.

Ich habe gesagt, dass die von mir vorgeschlagene Information grundsätzlich für alle schutzsuchenden Neuzuwanderer gelten solle. Da in der Diskussion mit Claudia Roth prompt wieder das (von mir nicht bediente) Muslim-Argument ins Spiel gebracht wurde, möchte ich aber doch (ohne hier irgendwie verallgemeinernd wirken zu wollen) auch einmal auf den Fall eines in seiner Heimat von Muslimen verfolgten Christen hinweisen, der vom Regen in die Traufe kam, weil er in seiner Erstaufnahmeeinrichtung von Muslimen tyrannisiert wurde, die ihn dort durch das aggressive Brüllen von Koranversen zur Rückkehr zum Islam nötigen wollten. Er hat schließlich in seiner Verzweiflung einen Selbstmordversuch unternommen, nur knapp überlebt und sich dann in seiner Glaubensnot an eine Berliner Kirchengemeinde gewandt. Er lebt dort nun unter dem Schutz des Pfarrers im Kirchenasyl – absurderweise also Asyl vom Asyl. Man sollte also nicht vergessen, dass es solche Fälle in der Tat gibt, obgleich sie zweifelsohne nicht zu verallgemeinern sind.

Wichtiger aber sind mir aber die von Claudia Roth bedienten, meines Erachtens arg aufgeregt mit anderen Dingen verrührten Argumente. Wir müssen doch einen kühlen Kopf behalten. Hier nur eine Stellungnahme zu ihrem Argument über die Integrationskurse mit Sanktionsmöglichkeiten (die ja sowieso nicht greifen, weil die Teilnehmer doch meist freiwillig kommen und es viel zu wenig Kurse gibt):

In der Migrations- und Einwanderungsgesellschaft muss im gemeinsamen Interesse alles getan werden, was das Zusammenleben in sozialen Frieden und wechselseitiger kultureller Akzeptanz auf der Grundlage der Werte ermöglicht, die im Grundgesetz stehen. Unsere Verfassung muss deshalb in der politischen Bildung mehr Platz einnehmen als ein paar Stunden im Sozialkundeunterricht.

Was für Einheimische gilt, muss erst recht für Neuzuwanderer gelten. Deutschland hat in diesem einen Jahr mehr als eine Million von

Schutzsuchenden aufgenommen. Das Land hat damit in besonderem Maße humanitären Pflichten entsprochen. Es muss sich deshalb nicht genieren, auch Forderungen an die zu stellen, die im Schutz des Rechts- und Wohlfahrtsstaates leben wollen.

Es gilt hier mit einem Irrtum aufzuräumen: Verfolgte Schutzsuchende sind nicht qua Verfolgung soziale und kulturelle Lichtgestalten, denen gegenüber jedwede Forderung nach der Beachtung von Werten und Regeln des Aufnahmelandes ein interkultureller Sündenfall wäre. Das wäre nicht Willkommenskultur, sondern Willkommenskitsch. Schutzsuchende sind meist leidgeprüfte, oft auch traumatisierte und ansonsten ganz normale Menschen.

Sie kommen aber oft aus anderen Kulturen und Lebensformen und haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Spielregeln des Landes lauten, das sie auf eigenen Wunsch auf Zeit oder auf Dauer zu ihrer neuen Heimat machen wollen und das sie vielfach bislang nur aus dem Fernsehen oder gar nur vom Hörensagen kennen.

Die geflüchteten und hierzulande schutzsuchenden Neuzuwanderer sollten die herrliche Freiheit dieses Landes erfahren. Sie müssen aber auch lernen, dass das Glück dieser Freiheit zum Beispiel dort endet, wo es sich auf das Unglück oder die Diskriminierung anderer gründet. Nötig dazu wären für alle Neuzuwanderer verpflichtende Handreichungen und Schnellkurse mit Orientierungshilfen und Sprachkursen, die nicht zu verwechseln sind mit den regulären Integrationskursen.

Die von Claudia Roth erhobene Forderung nach einer sofortigen Öffnung der regulären, zum Teil sehr lange laufenden Integrationskurse für die mehr als eine Million neuen Geflüchteten, Antragsteller im Verfahren und zusätzlich noch für die nach Hunderttausenden zählenden, zumeist aus Europa stammenden Neuzuwanderer jenseits von Flucht und Asyl gut gemeint, aber leider noch immer illusionär:

Es gibt bundesweit nicht einmal auf mittlere Sicht hinreichend Kurse. Das würde sich zwar sicher ein wenig, aber bis auf weiteres auch dann nicht zureichend ändern, wenn man endlich die geradezu sittenwidrig schlecht gestellten und deswegen zum Teil schon abgewanderten Lehrkräfte anständig bezahlen würde; denn es wird so rasch nicht gelingen, gut qualifizierte Kräfte in hinreichender Zahl für diese verantwortungsvolle Lehrtätigkeit zu finden.

Also abschließend nochmal: Die wieder aufsteigende Rede von ‚Sanktionskeulen‘ war und ist im Blick auf vielerlei restriktive Regeln, insbesondere aus dem BMI, zweifelsohne angebracht, hier aber eine abwegige Unterstellung, denn, wie man im Englischen so schön sagt: ‚You cannot have it twice!‘

Wer den Schutz unseres Grundgesetzes beansprucht, muss auch dessen Wertebasis akzeptieren. Wer diese Grundwerte und die daraus abgeleiteten Grundregeln nicht akzeptieren will oder kann, der sollte konsequenterweise andernorts versuchen, zu seinen Bedingungen den von ihm erstrebten Schutz zu finden.